

Entweder, oder!

Das europäische Projekt im Sturm der Wirtschaftskrise

Inga Wachsmann und Georg Walter*

» Handeln in der Krise: Der von der ASKO Europa-Stiftung organisierte 12. Deutsch-Französische Dialog (6.–7. Mai 2010) widmete sich sowohl den Ursachen, als auch den Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise.

„Wir befinden uns wirklich in einer ernsthaften Krise“ – mit diesen Worten unterstrich der frühere französische Europaabgeordnete Alain Lipietz die Brisanz der aktuellen Situation in Europa: „Entweder wir finden eine gemeinsame, europäische Antwort auf diese Krise, oder die EU wird untergehen.“ Ausgehend von der Immobilienkrise in den USA und der daraus resultierenden weltweiten Bankenkrise, sahen sich die Staaten gezwungen, private Schulden in öffentliche Schulden umzuwandeln. Dieser Vorgang birgt die Gefahr einer massiven Überlastung der ohnehin schon geschwächten öffentlichen Finanzen. Staaten wie Deutschland und Frankreich liefen dann Gefahr, bestimmte Aufgaben nicht mehr finanzieren zu können. Eine Folge dieser Entwicklung könnte eine Sozialstaatskrise sein, welche den sozialen Frieden in Europa gefährden würde. Neben der internationalen Bankenkrise ist die EU zudem mit der Zahlungsunfähigkeit Griechenlands konfrontiert, die nicht von Fehlentwicklungen in den USA provoziert wurde, sondern ein hausgemachtes, europäisches Problem ist. Dieses Problem wird freilich von den weiterhin ungezügelt globalen Finanzspekulationen deutlich vergrößert. Die Rettungsaktion für den Euro, die für einige Verstimmung im deutsch-französischen Verhältnis gesorgt hat, ist zunächst aufgrund politischer und gesellschaftskultureller Zustände und Entwicklungen in Griechenland notwendig gewor-

den, die mit den in der Eurozone verbindlich vorgegebenen Stabilitäts- und Wachstumskriterien nicht in Einklang zu bringen sind. Zudem hat die europäische Ebene insofern politisch versagt, als man Griechenland trotz offensichtlich geschönter Haushaltszahlen in die Eurozone aufgenommen hat. Da auch anderen Mitgliedstaaten der Eurozone ein ähnliches Schicksal wie Griechenland droht, sehen etliche Experten inzwischen die Gefahr einer inflationären Entwicklung in der Eurozone, welche wiederum zu großen sozialen Problemen in Europa führen könnte.

Die aktuelle europäische Krise erscheint aus außereuropäischer Sicht weniger dramatisch als sie es in den Augen der von jahrzehntelangem Frieden und Wohlstand verwöhnten (West-)Europäer zu sein scheint. So wies Anil Bhatti, Germanist an der *Jawaharlal Nehru University* in New-Delhi, darauf hin, dass politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Krisen in Indien eher als Normalzustand empfunden würden. Die Europäer hätten sich hingegen so sehr an stabile Verhältnisse gewöhnt, dass sie diese beinahe schon als naturgegeben betrachteten. Dabei werde übersehen, dass Frieden und Wohlstand auch in Europa immer wieder erarbeitet werden müssen.

Die Tatsache, dass sich sowohl die Europäische Kommission, als auch die Regierungen der großen EU-Mitgliedstaaten in punkto Griechenland-Hilfen so schwer getan haben, sorgt bei vielen

* Inga Wachsmann ist *Responsable de programmes* der *Fondation Charles Léopold Mayer pour le Progrès de l'Homme* in Paris; Georg Walter ist Leiter des Referats Deutsch-Französische Beziehungen der ASKO Europa-Stiftung in Saarbrücken.

Beobachtern in Afrika, Asien und Lateinamerika für Erstaunen oder gar für Besorgnis. „Für die Staaten Lateinamerikas ist die EU seit Jahrzehnten ein Vorbild für eine gelungene politische und wirtschaftliche Integration“, betonte Jorge Balbis, Generalsekretär der *Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción al Desarrollo*. Ein europäisches Versagen in der Krise könnte auch diesen Vorbildcharakter in Frage stellen und damit regionalen Integrationsbemühungen auf anderen Kontinenten einen Dämpfer verpassen. Die Möglichkeiten, den Folgen der Krisen gemeinsam zu begegnen, sollten konsequent genutzt werden. Neben massiven sozialen Konflikten droht ansonsten auch ein Rückfall in nationalistische Denk- und Verhaltensmuster, die den europäischen Einigungsprozess untergraben würden. In einigen EU-Mitgliedstaaten ist eine solche Entwicklung bei Teilen der Bevölkerung bereits zu beobachten.

Die europäische Integration schreitet nun unter dem Vorzeichen der globalen Krise voran. Sie hat keine andere Wahl, will sie ihre Legitimität weiterhin auf politische Ergebnisse gründen. In allen Mitgliedstaaten der Union wird darüber debattiert, wie das europäische Integrationsprojekt vorangebracht werden kann, wobei endlich eine seit langem geforderte europäische Öffentlichkeit zu beobachten ist. Antonio Gramsci wird zitiert, um die Dramatik des Übergangs, in dem die EU sich befindet, zu verdeutlichen: „Das Alte stirbt, das Neue schafft es nicht, sich zu entwickeln, und in diesem Schwebezustand erheben sich die Ungeheuer.“

Ein Faktor der politischen Integration?

Befürchtungen, dass sich die Europäer wieder auf nationalistische und protektionistische Standpunkte zurückziehen, sowie die kritischen Reaktionen auf Deutschlands Haltung im Rahmen der Griechenland-Krise, verdeutlichen die Sorge um das europäische Integrationsprojekt. Das Unvermögen der Nationalstaaten, sich den Herausforderungen des internationalen Finanzmarktes zu stellen, scheint eine unbestreitbare Tatsache zu sein. Die Union und die gemeinschaftliche Währung werden angesichts der Krise als wichtige Schutzschilde angesehen. Aber rechtfertigt die

drohende Zahlungsunfähigkeit eines Mitgliedstaates die auf einsamen Entscheidungen der Exekutiven basierenden Reaktionen? Griechenland besitzt keine Entscheidungshoheit mehr über seinen eigenen Staatshaushalt, und die EU-Mitgliedsstaaten würden als Bürgen in die Bresche springen, falls Griechenland nicht mehr in der Lage wäre, seine Kredite zurückzuzahlen. In beiden Fällen hätte ein Bürger-Referendum über eine solche faktische Übertragung von Souveränität wohl keinen positiven Ausgang genommen.

Die Finanzminister haben beschlossen, ein „europäisches Semester“ einzuführen, in dem die Europäische Kommission die Haushalte der einzelnen Mitgliedstaaten hinsichtlich der Einhaltung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts und der Übereinstimmung mit den Vorgaben der gemeinsamen Wirtschaftspolitik überprüft. Diese Entscheidung lässt freilich eine eventuelle Einbeziehung des Europäischen Parlaments oder der nationalen Parlamente völlig offen. Wenn die Staats- und Regierungschefs von einer „europäischen Wirtschaftsregierung“ oder von „wirtschaftspolitischer Steuerung“ sprechen, ist auch nach wie vor nicht klar, welche Politik und welche Mechanismen sich hinter diesen Begriffen verbergen. Klar ist hingegen, dass es sich um einen intergouvernementalen *Top-Down-Ansatz* handelt, verbunden mit der Möglichkeit zum *Opting Out* der wirtschaftspolitischen „Regierung“ oder der „Steuerungsgremien“, die dann eingesetzt würden. Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte in einer Rede vor dem Bundestag am 19. Mai 2010: „Wenn der Euro Schiffbruch erleidet, dann erleidet Europa Schiffbruch.“ Die Devise, nach der die europäische Integration ein politisches Projekt sein müsse, wenn sie nicht scheitern soll, tritt hier deutlich in den Hintergrund.

Im Rahmen des Deutsch-Französischen Dialogs gab es zwar durchaus unterschiedliche Standpunkte Einzelner; die Teilnehmer teilten jedoch eine kategorische „Entweder-Oder“-Haltung zu Europa. Wenn man der Einschätzung mancher Politikwissenschaftler und Historiker folgt, dass Konflikte und Krisen Integrationsfaktoren seien, und wenn man optimistisch frei nach Jeremy Rifkin unterstreicht, dass „Europa aufgrund seiner Lückenhaftigkeit nach wie vor ein Experimentier-

feld in der Welt ist“, bleibt die Frage nach der Zukunft des kollektiven Projekts der europäischen Integration offen. Insbesondere die junge Generation fordert freilich ein neues soziales und solidarische Leitbild für das europäische Projekt.

Presseorgane aller Art stellen die Information der Bürger sicher; mit Leitartikeln, Karikaturen und Sonderdossiers regen sie die öffentlichen Debatten an. Über das von der Presse gezeichnete Bild kann man geteilter Meinung sein – man denke an die Demonstrationen der griechischen Bevölkerung gegen die Einschnitte, welche eine radikale gesellschaftskulturelle Veränderung im Leben der Griechen bedeuten, die auf der anderen Seite von vielen Menschen in anderen EU-Mitgliedstaaten aber für notwendig gehalten werden. Hier kommen Emotionen ins Spiel und die europäische Integration wird zum Gegenstand der öffentlichen Debatte. Neben den Medien lancieren zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft Debatten, veröffentlichen Studien und Vorschläge und werfen Fragen auf, zum Beispiel auch beim Deutsch-Französischen Dialog (DFD). Der Verein *Confrontations Europe* mit den *Entretiens Économiques Européens*; *Notre Europe* beim Europa-Forum; die Diskussionsrunden des *Cercle des Européens*; die *Fondation pour l'innovation politique*; die Stiftung Wissenschaft und Politik; die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft; die Akteure des Europäischen Jahres zur Bekämpfung

von Armut und sozialer Ausgrenzung – diese Liste ist bei weitem nicht vollständig. Die Blogosphäre ist ebenfalls aktiv. Zahlreiche Organisatoren, Akteure und Medien, die in diese Initiativen für das europäische Allgemeinwohl eingebunden sind, stellen fest, dass Europa durch die Krise in Griechenland politisch stärker wahrgenommen wird.

Es sind die politischen Institutionen in unserer repräsentativen Demokratie, die jetzt angemessene und langfristig angelegte Antworten auf die Krise geben müssen. Dabei geht es darum, die europäische Integration als Projekt der Freiheit, des Wohlstandes und der Solidarität zu begreifen. Nur so kann ein Scheitern der EU verhindert werden. Unsere Rolle als Zivilgesellschaft (Verbände, Vereine, Stiftungen und „einfache“ Bürger) ist es, diesen Prozess zu tragen, indem wir Studien erstellen, Fragen aufwerfen, Debatten organisieren und Vorschläge unterbreiten. Viele konkrete Vorschläge wurden gemacht, die in Richtung einer echten solidarischen und föderalen Erneuerung gehen. Es bleibt die Feststellung, dass „in der Politik alles seine Zeit braucht“. Dies gilt in besonderem Maße für die europäische Politik. Vor diesem Hintergrund forderten viele Diskutanten, man möge sich für die Antworten auf die aktuellen Krisen die notwendige Zeit nehmen und auf nachhaltige Lösungsansätze hinwirken.

Der Bericht über die Debatten des DFD erscheint im Herbst: www.asko-europa-stiftung.de.

Pour un renouveau solidaire

Le 12^e Dialogue Franco-Allemand, organisé en mai 2010 par la fondation ASKO Europa-Stiftung, était consacré à la crise financière et économique mondiale. Pour Alain Lipietz, ancien député européen français, « nous sommes arrivés à un moment où l'Union européenne doit approfondir sa construction ou mourir ». Nombre d'économistes craignent une inflation au sein de la zone euro qui pourrait entraîner des conflits sociaux en Europe. Des débats sur la manière de faire avancer l'Europe sont lancés avec, enfin, des amorces de débat public européen réclamé depuis longtemps. Une citation d'Antonio Gramsci a été reprise dans les débats pour illustrer la situation de l'Union européenne : « L'ancien se

meurt, le nouveau ne parvient pas à voir le jour, dans ce clair-obscur surgissent les monstres. »

Les décisions de l'élite politique européenne manquent de projet politique et de stratégie à long terme. Les craintes de replis nationalistes, de protectionnisme et la grande symbolique donnée aux réactions allemandes face à la crise grecque illustrent cette crainte d'une fin de l'Europe. De multiples propositions concrètes ont été faites lors du Dialogue Franco-Allemand allant dans le sens d'un vrai renouveau solidaire et fédéral.

La version française de cet article sur le 12^e dialogue Franco-Allemand sera publiée dans le numéro d'octobre de la revue *Allemagne d'aujourd'hui*.
Réd.